

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 26/75

Berlin

26. Juni 1975

42. Jahrgang

*Häglin*

### Zur Wirtschaftslage

#### Wirtschaftliche Situation in der westlichen Welt noch immer labil

Das wirtschaftliche Geschehen wird gegenwärtig weitaus stärker als in der Vergangenheit von ungelösten Problemen überschattet. Dies erschwert ein Urteil über den weiteren konjunkturellen Verlauf. Preissteigerungen, Unterauslastung des Produktionspotentials und außenwirtschaftliche Unausgewogenheiten bestimmen weiterhin die Wirtschaftslage. Zwar ist es in mehreren Ländern gelungen, den kräftigen Preisauftrieb zu dämpfen. Jedoch mußten dafür Wirtschaftsrückgang und hohe Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden. Zu dieser Entwicklung trug nicht zuletzt eine wirtschaftspolitische Umorientierung bei. Immer mehr ging das Vertrauen verloren, daß es in einer Situation, in der Unterbeschäftigung und Inflation Hand in Hand gehen, möglich sei, mit Hilfe einer Expansionspolitik Arbeitslosigkeit stärkeren Ausmaßes zu verhindern. Die Furcht nahm – wohl zu recht – zu, daß expansive Maßnahmen dann eher den Preisauftrieb beschleunigen. Dämpfungsmaßnahmen, die die Inflationserwartungen brechen sollten, wurden deshalb länger aufrechterhalten als in entsprechenden Konjunkturphasen der Vergangenheit. Es überrascht nicht, daß es dabei in vielen Ländern zu einer Rezession kam.

Da die Arbeitslosigkeit überall ein längerfristig nicht tragbares Ausmaß annahm, sind inzwischen von den meisten Regierungen doch expansive Maßnahmen ergriffen worden, allerdings z. T. aus Inflationsfurcht nur schwach dosiert. Wenn sich trotzdem noch in keinem Land ein Wirtschaftsaufschwung durchgesetzt hat, so bestätigt das nur die Erfahrung,

daß die Wirkungen expansiver Maßnahmen um so länger auf sich warten lassen, je stärker der Wirtschaftsrückgang ist. Nicht nur bereitet es Schwierigkeiten, die Unternehmererwartungen positiv zu beeinflussen und damit das Investitionsklima zu verbessern. Auch die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte ist schwer zu erhöhen, solange der Arbeitsplatz für unsicher gehalten wird.

Die Wirtschaftspolitik befindet sich damit in dem Dilemma, daß ein zu vorsichtiges Vorgehen den Aufschwung verzögern, dagegen eine Verstärkung der expansiven Maßnahmen, die den Konjunkturaufschwung rascher in Gang setzen würde, zwar nicht sofort, wohl aber in der Zukunft zur Inflationsbeschleunigung führen müßte. Hinzu kommt in einigen Ländern, daß die Außenwirtschaftslage eine raschere expansive Gangart verbietet. Auch flexible Wechselkurse schaffen hier keine Abhilfe, da ein Kursverfall bei rascherer Expansion im Inland inflationsbeschleunigend wirkt.

Im Gegensatz hierzu sind die Überschußländer nicht durch solche Außenwirtschaftsrücksichten behindert. Gleichwohl sind auch für sie die von der Außenwirtschaft ausgehenden Wirkungen hemmend, weil die konjunkturelle Schwäche in anderen Volkswirtschaften über den Export ihre eigene Entwicklung beeinträchtigt. Die Umlenkung von Produktion auf den heimischen Bedarf bereitet Schwierigkeiten, da hiermit erhebliche Veränderungen der Produktionsstruktur verbunden sind. Brachliegende Res-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte <sup>1)</sup> 1973 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
			1973			1974 <sup>2)</sup>			1975 <sup>2)</sup>		
	BSP	Ausfuhr der BRD	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	11,8	—	5,3	11,5	5,9	0,4	7,0	6,6	<sup>5)</sup> 0,5	<sup>5)</sup> 7,5	<sup>5)</sup> 7
Frankreich . . . . .	8,6	17,7	6,0	13,7	7,3	4	14,5	10	1	12	11
Großbritannien . . . . .	5,8	6,5	5,4	12,9	7,6	0,3	12,9	12,6	— 1	21	22
Italien . . . . .	4,5	11,5	6,3	17,1	10,2	3,4	20,6	16,8	— 2	13,5	16
Niederlande . . . . .	2,0	14,0	4,6	12,9	7,9	1,5	11	9,5	1	10	9
Belgien . . . . .	1,5	11,3	5,3	13,3	7,6	4	15	10,5	1,5	11,5	10
Dänemark . . . . .	1,0	3,1	3,8	14,8	10,6	1	13	12	0,5	11,5	11
Irland . . . . .	0,2	0,5	6,9	19,8	12,1	1,5	13,5	12	0	20	20
EG . . . . .	35,4	—	5,5	13,3	7,4	1,9	12,3	10,2	0	12	12
Schweden . . . . .	1,7	4,5	3,1	10,0	6,7	3,5	13	9	2	11,5	9,5
Schweiz . . . . .	1,4	7,7	3,5	11,4	7,6	0	8	8	— 1	6	7
Österreich . . . . .	0,9	6,5	5,8	13,6	7,4	4,5	15,7	10,7	2,5	12	9,5
Norwegen . . . . .	0,6	1,8	4,2	13,1	8,5	3,5	15,3	11,4	4,5	17	12
Europäische Industrieländ. Europäische Industrieländ. ohne BRD . . . . .	40,0	—	5,4	13,1	7,4	2,0	12,3	10,1	0,5	12	11,5
Europäische Industrieländ. ohne BRD <sup>4)</sup> . . . . .	28,2	—	5,4	13,7	8,0	2,6	14,5	11,6	0	13,5	13,5
USA . . . . .	42,6	11,6	5,9	11,8	5,6	— 2,1	7,9	10,2	— 4	4	8,5
Kanada . . . . .	3,9	1,2	6,8	14,9	7,6	3,7	17,3	13,1	1,5	12,5	11
Japan . . . . .	13,5	2,1	10,2	22,9	11,5	— 1,8	18,6	20,8	1,5	13,5	12
Außereuropäische Industrieländer . . . . .	60,0	—	6,9	14,5	7,1	— 1,7	10,9	12,8	— 2,5	6,5	9,5
Außereuropäische Industrieländer <sup>4)</sup> . . . . .	—	14,9	6,6	13,6	6,6	— 1,6	10,2	11,9	— 3	6	9
Insgesamt . . . . .	100,0	—	6,3	13,9	7,2	— 0,2	11,5	11,7	— 1,5	9	10,5
Insgesamt ohne BRD . . . . .	88,2	—	6,4	14,3	7,4	— 0,3	12,1	12,4	— 1,5	9	11
Insgesamt ohne BRD <sup>4)</sup> . . . . .	—	100,0	5,4	13,6	7,8	2,1	13,5	11,1	0	11	11

<sup>1)</sup> Auf Dollarbasis. — <sup>2)</sup> Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — <sup>3)</sup> Deflationierungsfaktor. — <sup>4)</sup> Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr. — <sup>5)</sup> Stand: Mai 1975.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

sourcen können daher nur allmählich für eine Produktionsumschichtung genutzt werden.

In den USA, wo der Wirtschaftsrückgang zu einer besonders hohen Arbeitslosigkeit führte, haben die expansiven Maßnahmen dazu beigetragen, daß der reale private und öffentliche Verbrauch im ersten Quartal dieses Jahres konjunkturell bereits wieder leicht zunahm. Dagegen setzte sich der Rückgang der Anlageinvestitionen fort. Zudem wurden die Lager stark abgebaut. Das reale Sozialprodukt nahm deshalb weiter kräftig ab. Trotz der beträchtlichen Lagerdesinvestition wurde die Relation zwischen Lagerbeständen und Umsätzen in der verarbeitenden Industrie nicht vermindert, vielmehr erhöhte sie sich sogar noch. Zu einer anhaltenden konjunkturellen Belebung kann es nur kommen, wenn die Umsätze aufgrund der Zunahme anderer Verwendungskomponenten steigen. Die Lagerinvestitionen würden dann die Belebung verstärken.

Die weitere Entwicklung der Anlageinvestitionen wird kaum die erforderliche Initialzündung geben. Nach den bisherigen Investitionsplanungen ist nicht damit zu rechnen, daß die realen Anlageinvestitionen im Laufe dieses Jahres nennenswert zunehmen werden. Der immer noch weitreichende Pessimismus

und die sehr niedrige Kapazitätsauslastung stehen einer baldigen Investitionszunahme entgegen. Der private und öffentliche Verbrauch spielen deshalb in der gegenwärtigen Konjunkturphase die entscheidende Rolle. Von der Stärke der Verbrauchszunahme hängt es ab, wie rasch die Unternehmen angeregt werden, die Lager- und Anlageinvestitionen wieder auszudehnen. Die bereits erkennbare Zunahme des privaten und öffentlichen Verbrauchs ist vor allem Folge der expansiven Finanzpolitik. Da die Staatsfinanzen schon jetzt ein hohes Defizit aufweisen, sind die Widerstände gegen eine Verstärkung der expansiven Finanzpolitik groß. Wahrscheinlich wird der Verbrauch zunächst nicht so stark zunehmen, daß sich ein Konjunkturaufschwung schnell durchsetzen wird.

Gemessen am Arbeitslosenstand ist die wirtschaftliche Situation in Großbritannien gegenwärtig weniger desolat als in den USA. Da sich jedoch die Lohn- und Preissteigerungen in Großbritannien ständig beschleunigen, sind die Aussichten für die künftige Entwicklung erheblich schlechter. Zwar bewirkt der flexible Pfundkurs, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft trotz der starken Preissteigerungen weitgehend erhalten

Entwicklung der Komponenten<sup>1)</sup> des Bruttosozialprodukts

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
										von Gütern und Diensten					
	1973	1974 <sup>2)</sup>	1975 <sup>2)</sup>	1973	1974 <sup>2)</sup>	1975 <sup>2)</sup>	1973	1974 <sup>2)</sup>	1975 <sup>2)</sup>	1973	1974 <sup>2)</sup>	1975 <sup>2)</sup>	1973	1974 <sup>2)</sup>	1975 <sup>2)</sup>
Bundesrepublik															
Deutschland . . .	2,9	0,2	<sup>3)</sup> 3	4,0	4,4	<sup>3)</sup> 2,5	1,1	-7,9	<sup>3)</sup> - 3	16,2	13,4	<sup>3)</sup> -2	9,8	4,9	<sup>3)</sup> 3,5
Frankreich . . .	5,5	4	1	2,9	2	2	6,8	4,5	1	12,8	10,5	2	11,8	4,5	0
Großbritannien . . .	4,7	-0,1	-1	3,7	1,9	3	4,1	-2,6	- 5	9,4	5,6	0,5	11,3	0,9	- 1
Italien . . . . .	5,6	2,3	-2	2,7	1,9	1	8,2	4,2	- 8	5,4	10,8	2	10,2	2,3	- 3
Niederlande . . . . .	2,1	2	2	0,7	3	4,5	6,5	-6,5	0,5	12,1	4	1	11,9	0,5	0
Belgien . . . . .	6,8	3	1,5	5,2	4,5	4	5,4	5	1,5	15,7	8	1	20,4	6,5	0,5
Dänemark . . . . .	4,3	0	0	4,7	3	3	9,2	0,5	1	8,4	6	1	18,0	2	0
Irland . . . . .	6,3	-1,5	0	7,4	6	2	12,9	4	0	10,6	8,5	2	13,5	6	1
EG . . . . .	4,4	1,6	1	3,5	3,1	2,5	4,7	-1,6	- 2,5	12,4	9,4	0,5	11,9	3,3	0,5
EG ohne BRD . . .	5,1	2,2	0	3,2	2,3	2,5	6,6	1,8	- 2	10,8	7,7	1,5	12,7	2,7	- 0,5
Schweden . . . . .	1,9	4,5	3	2,1	3	3	-0,4	-1	0,5	13,8	5,5	3	5,9	11,5	4
Schweiz . . . . .	3,9	2	-0,5	4,1	2,5	2,5	-0,2	-7,5	- 6	7,1	4	2	5,6	0,5	0
Österreich . . . . .	4,1	3,7	4,5	3,8	4,0	4	2,8	1,2	1	8,3	8,6	4	12,4	8,0	4
Norwegen . . . . .	2,7	3,1	5	4,5	2,6	3,5	15,5	8,0	4	8,4	- 0,1	5	14,4	4,3	5
Europäische Industrieländer . .	4,3	1,8	1	3,5	3,1	2,5	4,4	-1,5	- 2	12,0	8,7	0,5	11,5	3,6	1
Europäische Industrieländer o. BRD	4,8	2,4	0,5	3,2	2,4	2,5	5,9	1,3	- 1,5	10,6	7,1	1,5	12,0	3,3	0
USA . . . . .	4,7	-2,3	-2	0,8	0,5	1	7,1	-5,7	-10	19,6	8,0	1	5,6	1,5	- 5
Kanada . . . . .	8,0	4,3	1,5	4,1	8,9	3	10,4	7,4	2	8,3	- 1,1	3	12,4	9,4	1
Japan . . . . .	8,1	1,6	3	7,0	3,1	5	14,3	-10,8	2	7,3	21,2	5	23,0	12,2	- 2
Außereuropäische Industrieländer . .	5,6	-1,1	-1	1,8	1,4	1,5	10,0	-6,8	- 4,5	14,5	9,8	2,5	11,4	5,7	- 3
Insgesamt . . . . .	5,1	0	0	2,5	2,1	2	7,7	-4,6	- 3,5	12,9	9,1	1,5	11,4	4,4	- 0,5
Insges. ohne BRD .	5,3	0	-0,5	2,2	1,7	2	8,6	-4,1	- 3,5	12,2	8,2	2	11,7	4,3	- 1,5

<sup>1)</sup> Gewichte 1973 auf Dollarbasis. - <sup>2)</sup> Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. - <sup>3)</sup> Stand: Mai 1975.

Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

bleibt. Die durch das Fallen des Pfundkurses bedingten Importpreiserhöhungen tragen aber immer wieder zur Inflationsbeschleunigung bei.

Der Versuch, die Inflation durch Abschluß eines Sozialkontrakts zu bekämpfen, kann als gescheitert angesehen werden. Ist aber eine Verständigung der Tarifparteien, die die Voraussetzung für eine allmähliche Verringerung des Preisauftriebs ohne einen stärkeren Wirtschaftseinbruch bildet, nicht möglich, so wird sich ein fühlbarer Sozialproduktrückgang kaum vermeiden lassen. Die Industrieproduktion geht bereits beträchtlich zurück; zudem ist eine erhebliche Verminderung der Investitionsneigung zu erkennen. Wirkt dem die Regierung nicht expansiv entgegen — und es ist fraglich, ob sie dies tun wird —, so wird sich die Konjunktur erheblich abschwächen, und die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen. Unwahrscheinlich ist jedoch, daß sich das Inflationsklima bei einer solchen Entwicklung ähnlich rasch abkühlt wie in Italien.

In Italien ist es, wenn auch unter Hinnahme eines starken Sozialproduktrückgangs seit Mitte vergangenen Jahres, nicht nur zu einer beträchtlichen Verringerung des Preisauftriebs, sondern auch

zu einem bemerkenswerten Abbau des Leistungsbilanzdefizits gekommen. Allerdings sind damit keineswegs schon die Voraussetzungen für einen problemlosen Wirtschaftsaufschwung geschaffen worden. Die Gefahr ist groß, daß sich bei einer raschen Wiederbelebung der Preisanstieg erneut beschleunigt und das Leistungsbilanzdefizit erhöht. Die Regierung hat daher einen nur vorsichtig expansiven wirtschaftspolitischen Kurs eingeschlagen, so daß auch in Italien vorerst nicht mit einer stärkeren Expansion zu rechnen ist.

Genauso wie Italien ist Frankreich, dessen Wirtschaft in den Vorjahren selbst dann noch relativ kräftig wuchs, als die Sozialproduktszunahme in den anderen Ländern gering war, seit Mitte vergangenen Jahres in den Sog der weltweiten Rezession geraten. Die Produktion ging hier erstmals seit 1958 nennenswert zurück, wenn auch weniger stark als in den USA und in Italien. Der Preisauftrieb hat sich daraufhin in Frankreich ebenfalls abgeschwächt, und das Leistungsbilanzdefizit ist geringer geworden.

Die französische Regierung, die wachstumsbewußter ist als die Regierungen der meisten anderen Länder, hat als Reaktion auf diese unbefriedigende

Entwicklung ein Expansionsprogramm beschlossen, mit dem sie die Wirtschaft wieder auf einen die Vollbeschäftigung garantierenden Wachstumspfad bringen will. Die Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs sucht sie durch Preiskontrollen zu bannen. Dieses Instrument wurde in Frankreich schon mehrmals mit einem gewissen Erfolg eingesetzt: Der Wirtschaft wurde dadurch der Weg in eine Mengenkonjunktur gewiesen. Auch wenn das diesmal gelänge, würde sicherlich kein schneller Konjunktumschwung ausgelöst werden. Denn in Frankreich bereitet es ebenfalls Schwierigkeiten, die Unternehmererwartungen so zu beeinflussen, daß die Investitionen schon bald kräftig zunehmen.

Trotz ihrer starken Außenhandelsabhängigkeit sind einige kleinere westeuropäische Industrieländer wie Norwegen, Schweden und Österreich bisher nur geringfügig vom Wirtschaftsrückgang getroffen worden. Stärker erfaßt wurden dagegen Dänemark, die Schweiz und die Beneluxländer. Für einen längeren Zeitraum wird sich keine der kleineren Volkswirtschaften von der konjunkturellen Entwicklung in den größeren Ländern absetzen können. In Österreich mehren sich bereits die Anzeichen für eine konjunkturelle Abschwächung. Eine Wiederbelebung in den größeren Industrieländern ist Voraussetzung dafür, daß nicht auch noch die Länder in einen fühlbaren Wirtschaftsrückgang geraten, die sich ihm bislang entziehen konnten.

Von einer ausgeprägten Rezession blieb auch Japan, das sonst die höchsten Wachstumsraten aufwies, nicht verschont. Gegen Ende des letzten

Wirtschaftsaufschwungs beschleunigten sich hier die Preis- und Lohnsteigerungen in einem selbst in Großbritannien und Italien noch nicht beobachteten Maße, und die Leistungsbilanz geriet erstmals in der Nachkriegszeit ins Defizit – allerdings auch als Folge der Ölpreiserhöhungen. Im Laufe des Konjunkturabschwungs gelang es jedoch, sowohl den Preisauftrieb beträchtlich zu verlangsamen als auch die Leistungsbilanz bei steigenden Exporten und sinkenden Importen wieder zu verbessern. Da sich aber nun auch in Japan die weltweite Rezession in einem Exportrückgang bemerkbar macht, ist es in diesem Land ebenfalls nicht leicht, eine Konjunkturwende herbeizuführen. Die Regierung hat deshalb ein weiteres Konjunkturprogramm beschlossen; zusammen mit den schon laufenden Programmen müßte es zu einem Konjunktumschwung kommen. Mit einem raschen Wirtschaftswachstum ist allerdings für dieses Jahr nicht mehr zu rechnen.

Bei der Bedeutung, die die Exporte gegenwärtig für die Konjunktur der meisten Länder haben, ist die Frage nach der weiteren Welthandelsentwicklung besonders aktuell. In der ersten Hälfte dieses Jahres dürfte der Welthandel infolge rückläufiger Importe der Industrieländer real erheblich geschrumpft sein. Seine Entwicklung im zweiten Halbjahr hängt entscheidend davon ab, inwieweit es den führenden Industrieländern gelingt, die inländische Nachfrage anzuregen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Welthandelsrückgang im ersten Halbjahr durch einen entsprechenden Anstieg in der zweiten Jahreshälfte ausgeglichen wird.

## **Bundesrepublik Deutschland: Am Ende der Talfahrt**

*Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik wird zu Sommerbeginn in der Öffentlichkeit zunehmend kritischer beobachtet. In der Tat lassen die bisher verfügbaren Indikatoren für Produktion und Arbeitsmarkt noch keine Belebung erkennen: Das reale Sozialprodukt ist im ersten Quartal im Vorjahresvergleich um 5 vH<sup>1</sup> zurückgegangen. Die Produktion der verarbeitenden Industrie liegt auch nach den jüngsten Daten für März und April um rund 10 vH unter dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit bildet sich nur zögernd zurück, saisonbereinigt hat sie zuletzt allenfalls stagniert. Bei der sich ausbreitenden Ungeduld wird aber übersehen, daß diese Indikatoren die Situation im Frühjahr 1975 beschreiben; fraglich ist, ob sie auch die gegenwärtigen Tendenzen kennzeichnen. Die Konstellation konjunkturell wirksamer Faktoren zur Jahresmitte spricht eher dafür, daß der Tiefpunkt des Abschwungsprozesses nun erreicht ist und die Auftriebskräfte bald die Oberhand gewinnen.*

Die Nachfrage nach Produkten der verarbeitenden Industrie hat sich, den letzten verfügbaren statistischen Angaben zufolge, stabilisiert. Das Volumen der Auftragseingänge liegt zwar immer noch erheblich unter dem Niveau des Vorjahres; im Verlaufe

der ersten vier Monate zeigte sich aber keine fallende Tendenz mehr. Dabei scheint die allmähliche

<sup>1</sup> Vgl. Exportrückgang verlängert Rezession. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21-22/1975, S. 163 ff.

Erholung der Inlandsnachfrage nicht mehr durch eine weitere Schrumpfung der Auslandsnachfrage kompensiert zu werden. Der scharfe Einbruch der realen Auftragseingänge aus dem Ausland im März wurde im April wieder voll ausgeglichen; für die laufende Entwicklung ergibt sich das Bild eines vorläufigen Verharrens auf dem sehr verminderten Niveau. Hierzu hat ein erneuter Anstieg der Auslandsbestellungen bei den Stahl- und Warmwalzwerken, beim Straßenfahrzeugbau, aber auch bei der Textil- und der Bekleidungsindustrie beigetragen.

Der Rückgang der Ausfuhr hat von allen großen Verwendungsbereichen die größte Bedeutung für den rezessiven Einbruch der industriellen Produktion. Real war der Warenexport im ersten Quartal 1975 um rund 15 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Entfallen nun offenbar die negativen Tendenzen der Auslandsnachfrage, so können sich die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte entfalten; die von der Wirtschaftspolitik gegebenen Impulse gehen nicht mehr ins Leere.

Die Maßnahmen der konjunkturpolitischen Instanzen zielen auf eine Belebung sowohl des privaten Verbrauchs als auch der Investitionen. Die Wirkungen der hier im Vordergrund stehenden Hilfen — Steuerentlastung und Investitionszulage — haben zunächst enttäuscht. Auch gegenwärtig ist offen, von welcher der Maßnahmen die stärkeren konjunkturellen Anstoßkräfte ausgehen werden. Für die Investitionszulage dürfte sich zeigen, daß die von der Regierung erhoffte Wirkung — Anregung bei allen wichtigen Herstellern von Investitionsgütern und allen investierenden Sektoren — ausbleiben wird. Offenbar konzentrieren sich die Effekte auf die Hersteller von Kraftfahrzeugen und elektrotechnischen Investitionsgütern; der Maschinenbau als wichtigster Lieferant von Ausrüstungsinvestitionen konnte bisher dagegen keine zusätzlichen Inlandsbestellungen verbuchen. Im Gegenteil, hier hat sich der Rückgang des Volumens der inländischen Auftragseingänge saisonbereinigt bis zuletzt fortgesetzt. Die beim Fahrzeugbau stark ausgeprägten Impulse — die realen Inlandsaufträge übertrafen im März/April ihr Vorjahresniveau um fast die Hälfte — sprechen jedoch dafür, daß die konjunkturellen Wirkungen der Investitionszulage zunächst positiv sein werden; Über die Vorleistungsverflechtungen ist mit einer Ausstrahlung auf viele Zulieferbranchen zu rechnen<sup>2</sup>.

Die sich inzwischen kumulierenden Einkommenswirkungen der Steuer- und Kindergeldreform sprechen für eine Verstärkung auch des bisher noch begrenzten Anstiegs der realen Nachfrage der privaten Haushalte. Dies wird selbst dann der Fall sein, wenn die Sparquote so hoch bleibt wie zuletzt. Bei

einer günstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft dürfte sich aber eher eine Normalisierung der Ersparnisbildung ergeben.

Für die Entwicklung von Nachfrage und Produktion in den kommenden Monaten wird neben den von den wirtschaftspolitischen Instanzen gegebenen Anregungen eine expansive Wirkung auch von den Lagerdispositionen ausgehen: Der Lagerabbau scheint durchweg so weit fortgeschritten zu sein, daß Bestelltätigkeit und Produktion durch die Notwendigkeit einer Anpassung an den laufenden Bedarf gefördert werden. Das inzwischen erheblich ermäßigte Zinsniveau erleichtert darüber hinaus sogar die Entscheidung für eine erneute Aufstockung der Läger sowohl bei Vormaterialien als auch bei Fertigwaren.

Von einer Veränderung in der Tendenz der Vorratsbildung wird jedoch nicht nur die Inlandsproduktion profitieren; auch die Einfuhr wird davon begünstigt werden. Der schon in den letzten Monaten zu beobachtende Abbau der Ausfuhrüberschüsse wird sich fortsetzen.

War die Produktion der Industrie bis in das Frühjahr hinein konjunkturell rückläufig, so dürfte sich mit der zu erwartenden Nachfragebelebung im zweiten Halbjahr ein erneuter Anstieg ergeben: Die Produktionsausweitung im Investitionsgüterbereich konnte bislang die Rückgänge in den übrigen Industriegruppen nicht voll kompensieren; mit einer — zum Teil lagerzyklisch bedingten — Belebung bei den Grundstoff- und den Verbrauchsgüterindustrien wird jedoch die gesamte industrielle Produktion wieder zunehmen können. Da mit einer nennenswerten Steigerung der Exporte jedoch zunächst nicht zu rechnen ist, schreitet der Prozeß einer Verringerung der Exportquote zugunsten der Inlandsverwendung — nun jedoch unter positiven Vorzeichen — weiter voran.

Ein Anstieg der industriellen Produktion wird sich indes nur mit Verzögerung auf die Lage am Arbeitsmarkt auswirken. Die erhöhte Produktion kann zunächst mit konstanter Zahl an Arbeitskräften bewältigt werden, da erhebliche Produktivitätsreserven zu mobilisieren sind.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Unterbeschäftigung wird nicht allein von der Zahl der Arbeitslosen, sondern in erheblichem Umfang auch von der der Kurzarbeiter widerspiegelt; branchenspezifische Konjunkturtendenzen werden dafür entscheidend sein, bei welcher der beiden Größen eine Wende in der Beschäftigungssituation zuerst und am

<sup>2</sup> Vgl. Jeder 18. Arbeitsplatz von der Nachfrage nach Automobilen abhängig. Bearb.: Renate Filip-Köhn und Reiner Stäglin. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 39/1974, S. 335 ff.

deutlichsten sichtbar wird. Die Einschätzung, daß im Jahresdurchschnitt 1975 mit einer Arbeitslosenquote von mindestens 4 vH gerechnet werden muß, kann jedoch schon aufgrund der bis Mai statistisch belegten Entwicklung als bestätigt angesehen werden.

#### **Ausblick:**

##### **Auftriebskräfte noch unterstützungsbedürftig**

Zur Jahresmitte dürfte der gesamtwirtschaftliche Schrumpfungsprozeß, der sich damit über ein volles Jahr ausgedehnt hätte, zu Ende gegangen sein. Verfehlt wäre es aber, nun zu glauben, es käme weniger als zuvor auf die Mitwirkung der konjunkturpolitischen Instanzen bei der Verbesserung der konjunkturellen Situation an.

Risiken für ein erneutes Erlahmen der Auftriebskräfte existieren fort. Die Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften war für 1975 nicht expansiv angelegt, sondern eher konjunkturell stützend. Die laufenden hohen Haushaltsdefizite selbst können nur indirekt — durch den Steuerverzichten entsprechende Verbrauchssteigerungen der privaten Haushalte — konjunkturell wirksam werden. Erfüllt sich die Erwartung auf eine solche Expansion des privaten Verbrauchs nicht, so würde ein Zurückbleiben der Staatsausgaben hinter den Ansätzen im laufenden Jahr dazu führen, daß vom Staatshaushalt insgesamt sogar eher dämpfende als anregende Wirkungen

ausgehen. Ein Vollzug der Ausgabenpläne ist also nach wie vor dringend geboten. Notwendig scheint vor allem, der bei den Ländern und Gemeinden um sich greifenden Einschränkung von Ausgaben, insbesondere für Bauinvestitionen, ein Ende zu setzen. Eine Kürzung von zu Jahresbeginn geplanten öffentlichen Investitionsaufträgen müßte konjunkturpolitisch noch gravierender wirken, wenn ein anderes Risiko, das mit der Art der Konjunkturankurbelungspolitik der Regierung eingegangen wurde, eintreten sollte: Wie die private Investitionsnachfrage nach Auslaufen der Begünstigungsfrist reagieren wird, kann nicht prognostiziert werden. Trotz der offenbar geringen Vorzieheffekte bei den Bestellungen ist ein Rückschlag aus heutiger Sicht nicht auszuschließen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft nicht nach dem von den konjunkturpolitischen Instanzen erstrebten Muster vollziehen: Die privaten Anlageinvestitionen, die — nach einer Belebung des privaten Verbrauchs — in der zweiten Jahreshälfte mit Hilfe auch der Investitionszulage die wichtigste Zugkraft sein sollten, werden diese Rolle wohl erst im kommenden Jahr spielen. In diesem Jahr sind spürbare Impulse nur vom privaten Verbrauch und den Lagerinvestitionen zu erwarten. Daraus ergibt sich die Aussicht auf einen in der zweiten Jahreshälfte insgesamt nur leichten Produktionsanstieg.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Wirtschaftliche Situation in der westlichen Welt noch immer labil* bearbeitet von Manfred Teschner. —  
*Bundesrepublik Deutschland: Am Ende der Talfahrt* bearbeitet von Jürgen Kunze.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.